

**Jahresbericht Madagaskar 2018**

Im Laufe des Jahres 2017 hatte eine Delegation von Amnesty International insgesamt neun Gefängnisse in Madagaskar besucht. Im Februar 2018 wurden die Ergebnisse des Besuchs im Hochsicherheitsgefängnis in Tsiafahy veröffentlicht. Schon 2002 war eine Delegation von Amnesty International dort gewesen und hatte unmenschliche Haftbedingungen vorgefunden. Die Regierung hatte damals die Verbesserung der Zustände versprochen und diese zu ihrer obersten Priorität erklärt. Jedoch waren die Zustände nun im Jahr 2017 sogar noch schlimmer als 2002:

Zum Besuchszeitpunkt waren 988 Personen in Tsiafahy inhaftiert, die offizielle Kapazität wurde damit um ein dreifaches überschritten. Die Inhaftierten waren in mehreren 60m<sup>2</sup> großen Gemeinschaftszellen untergebracht. Teilweise mussten sich über 200 Personen eine solche Zelle teilen. Die Zellen waren dunkel, die Luft war schlecht und es war extrem heiß. Ventilatoren waren nicht vorhanden. Es gab kein fließendes Wasser, maximal eine Toilette pro Zelle, wobei die Toiletten in mehreren Zellen kaputt waren. Die Zellen waren komplett unmöbliert, als Schlafstätte musste eine Betonplattform in der Mitte der Zelle dienen. Auf Grund der Überbelegung mussten die Inhaftierten in Schichten schlafen. Strom war nur eingeschränkt vorhanden. Auch die medizinische Versorgung und die ausgegebene Nahrung war absolut unzureichend. Die Gefangenen waren in aller Regel auf Verwandte angewiesen, die sie von draußen mit Essen versorgten. Oft wurde dieses Essen dann von dem Gefängnispersonal beschlagnahmt und erst nach Zahlung einer Geldsumme wieder herausgegeben. Über die Hälfte der inhaftierten Personen befand sich in Untersuchungshaft und mit den Strafgefangenen gemeinsam untergebracht, was den geltenden Standards widerspricht. Rechtsmittel gegen die Unterbringung in dem Hochsicherheitsgefängnis oder gegen die Haft an sich standen den Inhaftierten nicht zur Verfügung, Zugang zu rechtlichem Beistand wurde nicht gewährleistet.

Amnesty International zeigte sich erschüttert über die Situation im Tsiafahy-Gefängnis und stellte fest, dass es sich hierbei um eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung im Sinne der Anti-Folterkonvention handelt. Ab sofort sollten keine weiteren Untersuchungshäftlinge in dem Gefängnis untergebracht werden und die bereits inhaftierten Untersuchungshäftlinge müssten in andere Gefängnisse mit besseren Standards verlegt werden. Eine strikte Trennung zwischen Strafgefangenen und Untersuchungshäftlingen müsse eingehalten werden. Insgesamt müsse die Zahl der Inhaftierten im Tsiafahy-Gefängnis drastisch reduziert werden. Die Haftbedingungen müssten grundlegend verbessert und in Einklang mit dem internationalen und nationalen Recht gebracht werden.

Im September 2018 wurde der [Gesamtbericht](#) über die Haftsituation in Madagaskar veröffentlicht. In den neun besuchten Gefängnissen waren insgesamt mehr als 11.000 Personen untergebracht. Männer, Frauen und Kinder waren gemeinsam inhaftiert. 55 % der inhaftierten Personen befanden sich in Untersuchungshaft. Viele von ihnen waren wegen geringfügiger Vergehen inhaftiert. Amnesty International sprach mit einem Mann, der bereits seit 3,5 Jahren in Untersuchungshaft war, da er in Verdacht stand, eine Kuh gestohlen zu haben. Unter den Frauen (70 %) und den Kindern (80 %) war die Zahl der Untersuchungshäftlinge besonders hoch. Amnesty International

wies auf den Zusammenhang zwischen Untersuchungshaft und Armut hin: Menschen mit geringem oder keinem Einkommen können sich keinen Rechtsbeistand leisten und keine Bestechungsgelder zahlen. Sie bleiben oft jahrelang in Untersuchungshaft, ohne sich mangels finanzieller Mittel hiergegen wehren zu können. In keinem der besuchten Gefängnisse bestand eine räumliche Trennung der Strafgefangenen von den Untersuchungshäftlingen.

Auch die weiteren Haftbedingungen waren in den meisten Fällen sehr schlecht: die Zellen waren extrem überbelegt und es herrschten so schlechte hygienische Zustände, dass viele Gefangene krank geworden waren. Die medizinische Versorgung war in den meisten Fällen absolut unzureichend. 129 Häftlinge starben 2017 frühzeitig, die Haupttodesursache war Tuberkulose. Amnesty International bewertete die Haftsituation als grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung im Sinne der Anti-Folterkonvention und forderte die Regierung auf, das Haftsystem grundlegend zu reformieren und internationale Standards einzuhalten.